

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(binnen 87 Pf., monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Zustellung 3.87 M., einschließlich 20 Pf.
Zustellung und 72 Pf. Postgebühren.
Lehrlinge, Kostenabrechnung 1.25 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Posttarif 4.85 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich einmal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Nächste Sonntagsausgabe
„Soll und Sein“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag; Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Abt. 1. Telefon (A 7) 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. Disk.-Ges., Depotk. Nr. 17 65-66.

Freitag
12. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einj. all. Millimetergröße 10 Pf.
Reklameweise 2. — M. „Stimme An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
(schl. 20 Pf. für festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf.). Rabatt 10 % für
Worte über 15 Buchstaben zählen für
jeweils 10 Pf. Familienanzeigen Mill-
imetergröße 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstr. 3
montags bis 12 Uhr, bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Ausgaben vor!

Deutsche Abrüstungsvorschläge.

Ueberreichung in Genf bevorstehend.

Genf, 11. Februar.

Die Einreichung der deutschen Abrüstungsvorschläge, die der Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Diensttagrede angekündigt hat, steht unmittelbar bevor. Die deutsche Abordnung hat bereits den Präsidenten Henderson ersucht, auf die Tagesordnung der nächsten Tage eine diesbezügliche deutsche Erklärung zu setzen. Die Vorschläge stellen ein umfangreiches Programm dar, das in einzelnen Punkten die praktischen Vorschläge zu den einzelnen Rüstungskategorien enthält. Sie sind grundsätzlich auf die Deutschland im Versailler Vertrag aufgelegten Entwaffnungsbestimmungen aufgebaut, enthalten jedoch eine Reihe elastischer Bestimmungen, die eine Berücksichtigung der Interessen der kleineren neutralen Staaten ermöglichen.

Es kann angenommen werden, daß in dem Programm die vollständige Abschaffung der Hauptangriffswaffen, insbesondere der Großkampfschiffe, Tanks, U-Boote, Bombenflugzeuge, Gas- und chemischen Angriffswaffen gefordert wird. Ferner wird in dem deutschen Programm die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, Herabsetzung des Rüstungs-

standes auf ein Mindestmaß, weitgehende Herabsetzung der effektiven Truppenbestände, Erfassung der ausgebildeten Reservisten, wesentliche Einschränkung des gesamten aktiven und lagernden Kriegsmaterials vorgeschlagen werden.

In der Frage der Herabsetzung der Heeresausgaben wird grundsätzlich die Abrüstung auf der Grundlage der direkten Methode der Beschränkung der Rüstungen gefordert und die bisher im englisch-französischen Abkommensentwurf vorgesehene Herabsetzung der Heeresausgaben als völlig ungenügend abgelehnt. Ferner wird erklärt, daß die deutsche Regierung grundsätzlich bereit sei, alle Vorschläge auf dem Gebiete der Luftfahrt zu prüfen.

Bestimmungen politischen Charakters sind in dem Programm nicht enthalten, da der Reichskanzler bereits in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz den deutschen Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung mit sämtlichen übrigen Mächten in der Abrüstungsfrage vorgebracht hat. In dem Programm wird ferner auf die Note, die die deutsche Regierung während der Versailler Verhandlungen im Jahre 1919 den alliierten Mächten überreichte, hingewiesen, in der auf die von den alliierten Mächten übernommene Verpflichtung hingewiesen wird, nach der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland auch ihrerseits ihr Dienstpflichtsystem zu ändern.

Der englische Zollpanzer.

Britisches Empire gegen Welthandel.

Die Tagung des englischen Parlaments, in der Neville Chamberlain die neue Zollvorlage der Regierung unter dem stürmischen Beifall der konservativen Mehrheit begründete, wird als ein Akt von historischer Bedeutung in der Geschichte der internationalen Handelspolitik fortleben. Die Regierung Großbritanniens hat mit der Einführung eines allgemeinen Wertzollens von 10 Proz., dessen Annahme am Dienstag mit überwältigender Mehrheit erfolgte, mit der traditionellen Freihandelspolitik Englands endgültig gebrochen. Zwar war Großbritannien seit dem Kriege schon nicht mehr jene Dase des Freihandels, die es bis zur Jahrhundertwende darstellte, denn die Mac-Kenna-Zölle und die von Baldwin im Jahre 1925 eingeführten Zölle auf Grund des Industriefschutzgesetzes bildeten ein starkes Hindernis für die Einfuhr verschiedener industrieller Fabrikate. Da sie aber verhältnismäßig wenige Posten umfaßten, galt Großbritannien bis zum Sturmjahr 1931 trotzdem immer noch als die Verkörperung der Freihandelsidee.

Die rapide Verschärfung der Wirtschaftskrise und die Zerrüttung der Finanzen, die im September vergangenen Jahres England zur Aufhebung der Goldwährung zwangen, haben jedoch auch in dem klassischen Lande des Freihandels den radikalen Anhängern des Schutzzollens zu einem schnellen Siege verholfen. Die Abwertung des Pfundes und die Politik des Hochschutzzollens, die England seit drei Monaten eingeschlagen hat, sind auf das engste miteinander verknüpft. Den Ausgangspunkt dieser beiden folgenschweren Maßnahmen bildete die bedrohlich angewachsene Passivität der Handelsbilanz und die zum erstenmal seit dem Kriegsende eingetretene Passivität der Zahlungsbilanz. Obwohl England auch in früheren Jahren regelmäßig mehr Waren einfuhrte als exportierte, wurde doch die Passivität der Handelsbilanz durch die Einnahmen aus Anleihezinßen, Frachten und anderen Leistungen mehr als ausgeglichen. Dies ist im letzten Jahr nicht mehr möglich gewesen. Unter großer Bewegung des Hauses teilte der Schatzsekretär Chamberlain in jener historischen Sitzung am 4. Februar dem Parlament mit, daß bei einer Passivität der Handelsbilanz von 400 Millionen Pfund die Einnahmen aus den „unsichtbaren Exporten“ nur 296 Millionen Pfund betragen hätten, so daß Englands Zahlungsbilanz im Jahre 1931 eine Passivität von 113 Millionen Pfund ergibt.

Die Loslösung vom Golde und die Abwertung des Pfundes um mehr als 25 Proz. sollten die in Unordnung geratene Handelsbilanz durch zwangsläufige Drosselung der Einfuhr bei gleichzeitiger Hebung des Exportes wieder ausbalancieren. Man erwartete in England, daß die Industrie durch die Exportprämie, die ihr das sinkende Pfund gewährte, ihre verlorengegangene Konkurrenzfähigkeit wiedergewinnen würde. Neben diesem radikalen Kurswechsel in der Währungspolitik lief aber bereits im Herbst vorigen Jahres eine von mächtigen Kräften getriebene Schutzollwelle durch das Land, und der Ausgang der Oktoberwahlen mit dem überwältigenden Sieg der Konservativen bewies, daß die öffentliche Meinung Englands mit steigenden Fahnen in das Lager der Hochschutzzöllner übergegangen war. Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, daß das Kabinett der „nationalen Einheit“ auch in der Handelspolitik das Steuer scharf herumwarf. Den Auftakt bildeten jene Verordnungen über die sogenannten Anti-Dumpingzölle, die für eine große Anzahl von Fertigfabrikaten wie auch für wichtige Lebensmittel „Rotzölle“ in einem Umfang von 50 bis zu 100 Proz. des Wertes festsetzten.

Ungleich schwerwiegender aber als diese zunächst nur für eine bestimmte Zeit eingeführten „Rotzölle“ ist die jetzt beantragte Einführung eines allgemeinen Wertzollens. Mit Ausnahme von Fleisch und Weizen umfaßt dieser Zoll alle Waren aus fremden Ländern, die über die englische Grenze kommen.

Diesem Zollgesetz wird aber nicht allein dadurch der Stempel aufgedrückt, daß Großbritannien mit der Einführung eines Generaltarifes den Freihandel endgültig zu Grabe getragen hat; vielmehr ist für dieses Gesetz die Festsetzung des Schatzsekretärs Chamberlain entscheidend, daß alle Produkte der britischen Kolonien, Dominien, Protektorate und Mandate von diesem Zoll ausgenommen werden.

In dieser Maßnahme liegt der Schwerpunkt der neuen englischen Handelspolitik. Großbritannien hat sich entschlossen, das Prinzip eines freien Welthandels der Intensivierung des Handels innerhalb des britischen Empires zu opfern. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß

Um Hindenburgs Kandidatur.

Fieberhafte Verhandlungen der Rechtsverbände.

Die Entscheidung über die Kandidatur Hindenburg wird voraussichtlich bis zum Sonnabend fallen. Zwischen den Rechtsverbänden wird noch dauernd verhandelt mit dem Ziele, einen gemeinsamen Kandidaten zu finden oder womöglich den Reichskanzler Brüning zu Fall zu bringen.

Die Nationalsozialisten üben den stärksten Druck auf den Stahlhelm aus, um den Stahlhelm von einer Unterstützung der Kandidatur Hindenburg abzuhalten. Goebbels schreibt im „Angriff“ mit der größten Schärfe gegen den Stahlhelm:

„Auf dem Abhakt wird das Gerücht herumgereicht, Teile der nationalen Opposition trügen sich mit der Absicht, aus der Front auszuspringen und einen Entschluß zu fassen, der das System weiterhin in seiner Stabilität verankern würde. Wir glauben dieses aufgeregte Geknatter mit einer Handbewegung abtun zu dürfen. Die nationale Opposition hat sich in Harzburg zum Sturz des Kabinetts Brüning und des von ihm vertretenen politischen Systems zusammengesetzt. Jeder sollte geachtet sein, der aus dieser Gemeinschaft ausbreche. Wer den Makel eines solchen Vertretes auf sich nähme, würde sich darüber klar sein müssen, daß er sich damit gegen die Willensmächte der nationalen Opposition stellt und in kürzester Frist seine politische Existenzberechtigung vollends verliert.“

Das klingt nicht gerade nach Einigkeit im Zeichen von Harzburg, es ist vielmehr die Absicht, den Stahlhelm endgültig unter die Botmäßigkeit von Hitler-Goebbels zu zwingen.

Nicht minder scharf ist Goebbels gegen Hindenburg:

„Bei den Auseinandersetzungen, die in den nächsten Wochen in Deutschland vor sich gehen werden, steht der Name Hindenburg nicht einmal so sehr im Vordergrund, als vielmehr die Politik, die er auf Ratsschlag seines Kanzlers mit seiner Autorität gedeckt hat. Hindenburg hat den Young-Plan unterschrieben. Er hat Brünings Notverordnungen verantwortet. Er hat die Zwangsgesetze gegen Presse- und Meinungsfreiheit mitgemacht und die Uniformverbote erlassen. Die in diesen Begriffen eingeschlossene Politik muß nach dem Willen der nationalen Opposition beseitigt werden. Darüber kann es gar keine Diskussion mehr geben; und geht das nicht mit Hindenburg, dann muß es eben gegen ihn gehen, es sei denn, der Generalfeldmarschall entschließt sich dazu, daß es ohne ihn gehen soll.“

Das sind die Fragen, die entschieden werden müssen. Ihre Lösung kann auch nicht durch taktische Winkelzüge hintangehalten werden. Wir lassen uns auf keine Kompromisse mehr ein. Wir wollen auch keine Versprechungen. Wir verlangen Ware für unser Geld.“

Herr Goebbels schlägt Herrn von Hindenburg ein Geschäft über den Ladentisch vor: Geld gegen Ware! Geld: die Parole für Hindenburg, Ware: nationalsozialistische Regierung und Politik. Dies Geschäft wäre die schäblichste

Feilscherei, und es ist einleuchtend, daß Herr von Hindenburg nicht darauf einzugehen wird.

In den Reihen der Harzburger sucht man nach einem Kandidaten, der für Hugenberg, für Hitler und für Selbsterlöschung möglich ist. Hitler will gegen Hindenburg kandidieren, und will deshalb mit Hilfe von Klages Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig werden, und wie verlautet, wird aus den Kreisen Hugenbergs in diesem Sinne auf den Minister Ruchenthal eingewirkt. Andererseits denkt man bei Hugenberg und beim Stahlhelm an einen Hohenzollernprinzen oder an einen anderen vormalig regierenden deutschen Fürsten.

Tagung der Reichstagsfraktion.

Aussprache über Pläne zur Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Donnerstagnachmittag einen Bericht Dr. Breitscheldts über die politische Lage und einen Bericht Dr. Hilferdings über die Wirtschaftslage und über schwebende Pläne zur Arbeitsbeschaffung entgegen.

In der politischen Aussprache spielte der letzte Erlass des Reichswehrministers über die Einstellung von Bewerbern in die Reichswehr eine große Rolle; allgemein wurde die Zulassung der Nationalsozialisten zur Reichswehr und die beidseitige Gleichstellung des Reichsbanners mit den Urhebern der Weimarer Dokumente auf das schärfste verurteilt.

Die Fraktion stimmte nach längerer Aussprache über die wirtschaftliche Lage zwei vom Fraktionsvorstand ausgearbeiteten Gesetzentwürfen zur Umgestaltung der Grundsteuer, sowie zur Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues zu.

Weitere Beschlüsse, besonders hinsichtlich der Reichspräsidentenwahl, für die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei zuständig ist, wurden nicht gefaßt.

Reichstag am 23. Februar.

Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl.

Am 23. Februar teilt der Reichstag zum ersten Male nach einer längeren Pause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Festsetzung eines Termins für die Wahl des Reichspräsidenten. Die Vorlage der Regierung darüber wird voraussichtlich von Reichsinnenminister Groener begründet werden.

Die Verhandlungen des Reichstags sollen so gefördert werden, daß den Abgeordneten Gelegenheit bleibt, an der Agitation für die Wahl des Reichspräsidenten teilzunehmen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 4. Kreis. Die Abteilungen werden gebildet... 17. Kreis. Bildungsanstalt...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Abt. Vorkinder: Freitag, 18. Februar, 18 Uhr, wichtige Sitzung... Abt. Kicker: Sonntag, 20. Februar, 10 Uhr...

Ehrbelohnungen der Groß-Berliner Partei-Organisation

Herrn, Frau, Kind, die folgenden Funktionen, die Genosse Wilhelm...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an den Jugendsekretariat...

Heute, Freitag, 12. Februar, 19 1/2 Uhr:

Abteilungsleiter: Böhmer, 18: Programm der SED... Abteilungsleiter: Böhmer, 19: Programm der SED...

Was ist die Aufgabe der Partei? - Die Aufgabe der Partei ist die Führung...

Allgemeine Wetterlage.



Im Westen und in einzelnen Teilen Mitteldeutschlands war es am Donnerstag heiter. An den Küsten der Nord- und Ostsee...

das zwischen Jan Regen und Spitzbergen liegende Tief Einfluß auf unser Wetter gewinnen.

Wetterausichten für Berlin: Wolfig bis heiter bei aufströmenden Nord- bis Nordostwinden...

3. Ziehungstag 11. Februar 1932. In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mk. gezogen.

Table with lottery numbers and corresponding prizes, including columns for prize amounts and winning numbers.

Table with lottery numbers and corresponding prizes, including columns for prize amounts and winning numbers.

Obst und Gemüse, Wurstwaren, Dampfurst, Gemüse-Konserven. List of products with prices per unit.

Billige LEBENSMITTEL. immer frisch! immer gut! Fische, Rucherwaren, Wild und Geflügel, Frisches Fleisch, Gänse, Kassler, Rückenfett, Kalbsroulade, Roastbeef, Angebote unserer Wein-Abteilung.

Kolonialwaren, Fette und Käse, Obst-Konserven. List of products with prices per unit.

WEISSEN WOCHEN HERMANN TILLETZ. Seit mehr als 3 Jahrzehnten die grösste und beste Einkaufsmöglichkeit für weisse Waren aller Art.